

Die Armee erhält mehr Geld – und das EU-Paket wird teurer

Nach der Budgetdebatte im Ständerat bleiben grosse Differenzen vor allem bei der Entwicklungshilfe



Das Parlament weiss, wie stark es das Armeebudget erhöhen will, aber nicht, woher das Geld kommen soll.

PASCAL GERTSCH / NZZ

FABIAN SCHÄFER, BERN

Bei kaum einem Geschäft treten die Unterschiede zwischen dem Nationalrat und dem Ständerat deutlicher zutage als beim Budget. Zwölf Stunden, verteilt auf drei Tage, haben die Diskussionen über die Finanzen vergangene Woche im Nationalrat gedauert. Es waren laute, emotionale und hitzige Debatten. Der Absturz indes ist ausgeblichen. Der Redemarathon war turbulent, führte aber zu einem Budget, das mit den Stimmen von SVP, FDP und Mitte eine Mehrheit fand.

Am Montag war der Ständerat an der Reihe. Zwar dauerle die Debatte länger als erwartet, doch nach knapp fünf Stunden war die Sache erledigt: Nach einer inhaltlich kontroversen, jedoch konzilianten Diskussion konnte die kleine Kammer die Budgetdebatte beenden. Der auffälligste Unterschied betrifft die hohe Akzeptanz, welche die politische Vorarbeit der Kommissionen – die diskrete Suche nach dem Kompromiss hinter verschlossenen Türen – in der kleinen Kammer immer noch geniesst.

«Shutdown»-Gefahr gebannt

Im konkreten Fall hat sich das breit abgestützte Konzept, auf das sich die Finanzkommission verständigt hatte, im Ständerat weitgehend durchgesetzt. Am Ende

wurde – ganz im Gegensatz zum gespaltenen Nationalrat – das Budget ohne eine einzige Gegenstimme angenommen.

Zwischen den Budgetvarianten der beiden Kammern bestehen vielfältige und milliardenschwere Differenzen, die noch bereinigt werden müssen. Trotzdem ist der «Shutdown» bereits abgewendet: Nachdem nun beide Kammern ein erstes Mal zugestimmt haben, ist die Gefahr, dass der Bund ohne genehmigtes Budget in das nächste Jahr gehen muss, definitiv gebannt.

Langweilig wird es deswegen noch lange nicht. Diese Themen werden nicht nur in den nächsten Tagen im Hin und Her im Bundeshaus, sondern darüber hinaus noch lange zu reden geben:

Aufsicht über die Armee. Die ständärtische Finanzkommission will nicht nur das Budget der Armee erhöhen, sondern auch dafür sorgen, dass die Gelder sinnvoll eingesetzt werden. Die sechsköpfige Finanzdelegation (FinDel) des Parlaments soll die Oberaufsicht im Bereich der Landesverteidigung in den nächsten Jahren verstärken, während im Ständerat Jakob Stark im

Entwicklungshilfe. Im Nationalrat hat die bürgerliche Mehrheit beschlossen, die Ausgaben für die Auslandshilfe gegenüber den Plänen des Bundesrates um 250 Millionen Franken zu reduzieren. Im Vergleich mit dem Jahr 2024 liefe

Das Parlament dribbelt den Bundesrat aus und spricht 15 Millionen Franken für die Fussball-EM der Frauen

Die Unterstützungs gelder sollen in die Werbung und in den öffentlichen Verkehr fliessen

RENATO SCHATZ

In knapp sieben Monaten startet die Fussball-Europameisterschaft der Frauen in der Schweiz. Sie hat am Montag nochmals Zuspruch erhalten: Der Bund unterstützt den Grossanlass nun definitiv mit 15 Millionen Franken.

Ein Drittel der Summe fließt unter anderem über Schweiz Tourismus in die Werbung für das Turnier und die Schweiz. Ein Drittel kommt dem sogenannten Kombikit zugute. Wer ein Ticket für eines der Spiele besitzt, kann also gratis mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Entsprechende Verträge sollen bereits unterschriftsreich vorliegen. Mit dem letzten Drittel sollen Projekte im Mädchen- und Frauenfussball gefördert werden, damit sich die Zahl der Fussballerinnen in der Schweiz weiter erhöht. Der Schweizer Fussballverband träumt von über 80 000 lizenzierten Spielerinnen, gegenwärtig sind es rund 40 000.

Wegen Finanzlage gekürzt

Eigentlich schienen die 15 Millionen Franken schon beschlossene Sache zu

jeweiligen Verwaltungseinheiten kompensiert werden sollen. Die Kommission erinnerte den Bundesrat daran, dass er sich doch unlängst für dieses Turnier ausgesprochen habe. Diese 15 Millionen Franken seien jetzt nötig, wolle sich die Schweiz erfolgreich als attraktive Tourismusdestination präsentieren. Zudem sei für die Fussball-Europameisterschaft der Männer im Jahr 2008 ein Vielfaches dieser Summe gesprochen worden, namentlich rund 80 Millionen Franken.

Nur 43 Nein-Stimmen

Die Motion stiess in Bern auf Wohlwollen. Im März stimmte ihr der Ständerat einstimmig zu, wenngleich sich ein FDP-Ständerat und zwei Mitte-Ständeräte der Stimme enthielten. National- und Ständerat nahmen dann den entsprechenden Nachtragskredit in der Sommersession an.

Vor diesem Hintergrund war die nationalräthliche Abstimmung am frühen Montagabend nicht viel mehr als eine formjuristische Angelegenheit. Widerstand war höchstens von der SVP zu erwarten, die sich in der vorberatenden

diskussion am Montag erklärte. Konkret soll die FinDel kontrollieren, ob die Gelder für die Wiederaufbauung zweckmäßig und nachvollziehbar eingesetzt werden.

OECD-Steuern. Unabhängig davon, ob das Armeebudget nun bis 2030, 2032 oder 2035 erhöht werden soll: Woher das viele Geld kommen soll, ist noch immer nicht klar. Das rasche Wachstum der Militärausgaben ist einer der Hauptgründe, weshalb ab 2026 Defizite drohen und der Bundesrat ein Entlastungspaket geschnürt hat. Die Finanzkommission des Ständerats will einen Teil der Aufstockungen bei der Armee ab 2027 mit Mehreinnahmen kompensieren: Die Kantone sollen einen grösseren Teil der Einnahmen aus der neuen OECD-Steuern von internationalen Konzernen an den Bund abtreten. Der Ständerat wird erst im Frühjahr über diesen Vorschlag entscheiden. Die Finanzministerin Karin Keller-Sutter hat sich am Montag jedoch skeptisch geäußert. Warnend sprach sie von einer «Fata Morgana», weil die Erträge unsicher seien. Demnach gibt es nur noch zwei Kantone, Zug und Luzern, bei denen relativ sicher ist, dass überhaupt mit Einnahmen gerechnet werden kann.

Armee. Kurzfristig sind sich National- und Ständerat einig: Der Entscheid, die Ausgaben für die Landesverteidigung im kommenden Jahr gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats um weitere 530 Millionen Franken zu erhöhen, ist bereits definitiv. Damit wird das Armeebudget im Vergleich zum laufenden Jahr von 5,7 auf 6,4 Milliarden steigen (plus 12 Prozent). Umstritten ist hingegen, wie es in den Jahren ab 2026 weitergehen soll. Der Nationalrat will die Ausgaben für die Armee stärker erhöhen als der Ständerat. Nach wie vor kreist die Debatte um das Ziel, das Armeebudget auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Der Bundesrat will es bis 2035 erreichen, der Nationalrat bis 2030, der Ständerat nunmehr bis 2032. Versuche aus den Reihen der SVP und der Mitte, die Variante 2030 auch im Ständerat durchzusetzen, sind gescheitert, weil sie aus Sicht der Mehrheit unrealistisch ist.

Aufsicht über die Armee. Die ständärtische Finanzkommission will nicht nur das Budget der Armee erhöhen, sondern auch dafür sorgen, dass die Gelder sinnvoll eingesetzt werden. Die sechsköpfige Finanzdelegation (FinDel) des Parlaments soll die Oberaufsicht im Bereich der Landesverteidigung in den nächsten Jahren verstärken, während im Ständerat Jakob Stark im

Entwicklungshilfe. Im Nationalrat hat die bürgerliche Mehrheit beschlossen, die Ausgaben für die Auslandshilfe gegenüber den Plänen des Bundesrates um 250 Millionen Franken zu reduzieren. Im Vergleich mit dem Jahr 2024 liefe

Wann genau über das EU-Paket entschieden wird, steht in den Sternen. Die Budgetdebatte wird am Mittwoch im Nationalrat fortgesetzt.

Kommission teilweise gegen die Motion gestellt hatte.

Ablehnend äusserte sich aber auch Andreas Gafner (EDU), der in der Debatte am Montag erklärte, ein grosser Teil der für Männerturnier gesprochenen 80 Millionen Franken sei damals für die Sicherheit verwendet worden, man könnte Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Gleichwohl sei er nicht gegen die Europameisterschaft der Frauen, sagte Gafner. «Aber ich bin der Meinung, dass nicht nur 20 Prozent dieser 15 Millionen kompensiert werden sollen, sondern die ganze Summe.» Die Motion gestellte sich deshalb aus finanziellen Gründen abzulehnen.

Die SVP folgte ihm, 40 der 43 Nein-Stimmen entfielen auf die grösste Kraft im Parlament. Die drei Ausnahmen kamen von der FDP, der Lega und der EDU, blieben aber chancenlos: Die Motion wurde mit 116 Ja-Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Sie wird nun an den Bundesrat überwiesen, den vom Parlament korrigierten Entschied umsetzen muss.

Mit Ausnahme der SVP scheinen die Politiker in Bern vorderhand besägtigt zu sein. Und auch Sarah Akanji, die ehemalige Zürcher SP-Kantonsrätin und Fussballerin, dürfte zufrieden sein. Gemeinsam mit der Aktivistin Laura Rivas Kaufmann hatte sie innerhalb einer Woche 16 000 Unterschriften gesammelt, um die geforderten 15 Millionen Franken durchzusetzen. Das Ziel ihrer Petition ist nun erreicht, wobei Akanji jüngst fand, es hätten auch 80 Millionen Franken sein können – wie beim Turnier der Männer vor sechzehn Jahren.

31 Spiele in 8 Städten

Das Ziel der EM-Veranstalter ist es, dass sämtliche 31 Spiele ausverkauft sind. Sie finden zwischen dem 2. und dem 27. Juli in den Städten Basel, Genf, Bern, Zürich, St. Gallen, Luzern, Sitten und Thun statt. Die Uefa, als europäischer Fussballverband Veranstalterin des Turniers, informiert am Mittwoch über die Zahl der bisher verkauften Tickets. Der Vorverkauf startete Anfang Oktober. Am nächsten Montag findet in Lausanne zudem die Auslosung der vier Vierergruppen statt. Dann steht auch fest, gegen wen das Schweizer Nationalteam das Turnier eröffnen wird.

Dienstag, 10. Dezember 2024

«Das ist unsere letzte Chance, den bilateralen Weg fortzusetzen»

Die Verhandlungen mit der EU stehen vor dem Abschluss. Die Zürcher Ständerätin Tiana Moser (GLP) befürchtet einen Bürokratisierungsschub, falls das Paket scheitert. Im Gespräch mit Fabian Schäfer relativiert sie die Risiken der Rechtsübernahme

Schweiz wird sogar an Souveränität gewinnen, wenn wir das richtig angehen.

Was meinen Sie das? Zur Rechtsübernahme gehört, dass die EU der Schweiz politisches Mitspracherecht gewährt. In allen betroffenen Bereichen wären wir frühzeitig und umfassend in die politischen Prozesse eingebunden. Wenn wir das effizient machen, können wir viel herausholen. Etwa bei der Waffenrichtlinie im Schengen-Abkommen, wo bereits solche Regeln gelten, könnte die Schweiz wichtige Ausnahmen aushandeln.

Was passiert, wenn das Vertragspaket im Parlament oder an der Urne scheitert? Unsre Exporte würden zurückgehen, unsere Firmen hätten Nachteile und höhere Kosten, unsere Hochschulen würden viele gute Köpfe verlieren. Für die Bürgerinnen und Bürger hiesse es höhere Preise und eine schlechtere Verfügbarkeit von Produkten und Dienstleistungen. Und – das geht oft vergessen: Wir würden einen Bürokratisierungsschub erleben. Der EU-Binnenmarkt hat Import und Export sowie die ganze Zulassung von Arbeitskräften massiv vereinfacht. Wer dieses Paket bekämpft, soll später nicht jammern, wenn die Bürokratie wuchert und der Bund neue Leute einstellt und Kontrollen einführt.

Sie reden das schön: Die Schweiz könnte nicht mitentscheiden, sie würde die Gesetzgebung teilweise auslagern. Es drohen «Scherbenhaufen-Referenden»: Das Volk kann eine Vorlage kaum mehr ablehnen, weil dann unbekannte Gegenmaßnahmen der EU drohen. Man kennt das von den Schengen-Abstimmungen.

Der Vergleich hinkt. Bei Schengen sind die Regeln sehr strikt. Lehnen wir eine Reform ab, führt der Vertrag dahin. Die dynamische Rechtsübernahme, wie sie jetzt geplant ist, ist moderater. Erstens ist sie auf klar definierte Rechtsbereiche eingrenzt, von denen die meisten technischer Natur sind. Und bei der Personenfreiheit haben wir Garantien und Ausnahmen. Zweitens sind die Abfläufe fair: Parlament und Volk können eine Rechtsübernahme immer noch ablehnen, ohne dass ein ganzer Vertrag dahinfällt. Nur wenn das Schiedsgericht der EU recht gibt, kann sie verhältnismässige Gegenmaßnahmen ergreifen.

Also war der Entscheid des Bundesrats richtig? Man sollte den Schaden, den er angerichtet hat, nicht unterschätzen. Das Vertrauen unserer Partner ist strapaziert, die Hochschulen und manche Firmen spüren die negativen Folgen bereits. Aber wir schauen jetzt nach vorne.

Auch das neue Paket stösst auf Kritik. Vielleicht müsst der Bundesrat noch einmal abbrechen und neu anfangen.

Keinesfalls. Wir müssen endlich die Frage klären, die schon so lange im Raum steht: Wollen wir den Schweizer Sonderweg fortführen oder nicht? Niemand sonst hat mit der EU ein Verhältnis, wie wir es mit dem bilateralen Weg seit 25 Jahren kennen. Heute würde die EU uns diese Möglichkeit nicht mehr anbieten. Die Bilateralen III sind die letzte Chance, diesen Weg fortzusetzen.

Steht für Sie fest, dass Sie das Paket unterstützen, obwohl die Verhandlungen noch laufen?

Die Eckwerte und viele Details stehen fest. Die Sondierungen waren ausführlich und transparent. Es ist problemlos möglich, sich schon heute ein Bild zu machen.

Dann stehen wir noch schlechter da als die Briten: Tiana Moser, Ständerätin der Grünliberalen, warnt vor einem Alleingang in Europa.

ANNICK RAMB / NZZ

sich sukzessive entwerten, bis sie jede Bedeutung verlieren. Es wird auch keine neuen Verträge zu Strom oder Gesundheitsschutz geben. Das führt zur Erosion des bilateralen Wegs, bis wir am Ende nur noch das Freihandelsabkommen von 1972 haben. Dann stehen wir noch schlechter da als die Briten. Sie könnten mittlerweile ein modernisiertes Freihandelsabkommen mit der EU abschliessen, was wir wegen des Widerstands der Landwirtschaft kaum schaffen werden. Auch bei den Hochschulen werden wir abschneiden, während die Briten dafür gesorgt haben, dass ihre Universitäten wieder voll im EU-Programm kooperieren können.

Ist das Szenario, dass die EU unsere Hochschulen dauerhaft ausschliesst, nicht nur Panikmache? Es ist im ureigenen Interesse der EU, sie wieder einzubinden. Erstens wäre das kein Problem, weil die fünf Jahre Teil der Ausnahmen sind und somit nicht von der dynamischen Rechtsübernahme erfasst werden. Zweitens ist eine solche Reform angesichts der Interessenengesetze in der EU unwahrscheinlich. Drittens zeigt das Beispiel gut, dass die Rechtsübernahme auch bei der Personenfreiheit keine echten Risiken birgt. Solte die EU eine Ausweitung beschließen, könnten wir immer noch Nein sagen. Was dann die relativen Gleichgewichtsmassen der EU wären, liegt auf der Hand: Sie würde die fraglichen Rechte den Schweizer Bürgern in EU-Staaten ebenfalls vorbehalten. Ich denke, damit könnten wir leben. Es ist ein grosser Fortschritt, dass die Ausgleichsmassen künftig verhältnismässig sein müssen. Ob sie es sind, entscheidet das Schiedsgericht, könnten wir immer noch Nein sagen. Was dann die relativen Gleichgewichtsmassen der EU wären, liegt auf der Hand: Sie würde die fraglichen Rechte den Schweizer Bürgern in EU-Staaten ebenfalls vorbehalten. Ich denke, damit könnten wir leben. Es ist ein grosser Fortschritt, dass die Ausgleichsmassen künftig verhältnismässig sein müssen. Ob sie es sind, entscheidet das Schiedsgericht, es begrenzt, es gibt weder Automatismen noch Zwang. Wir haben vor 25 Jahren freiwillig Abkommen unterzeichnet, die zu grossen Teilen aus EU-Recht bestehen. Jetzt geht es darum, zu klären, wie wir damit umgehen, wenn sich dieses Recht verändert. Wir behalten die vollen direktdemokratischen Möglichkeiten.

Lezte Frage: Braucht es für die Abstimmung über das Paket das Ständemehr? Nein. Die Verfassung ist sehr klar: Obligatorische Referenden mit Ständemehr sind nicht gegeben. Das belegt ein Gutachten des Bundesamts für Justiz. Auch bei den Bilateralen I und II brauchte es kein Ständemehr. Mit dem EWR lässt sich das geplante Paket auch nicht vergleichen, weder in der Tiefe der Integration.

Denken Sie, dass das Paket eine Chance hat ohne Konkretisierung der Schutzklausel bei der Personenfreiheit? Eine Schutzklausel wäre im Interesse der Schweiz und ein Verhandlungserfolg. Die EU signalisiert Gesprächsbereitschaft, das ist wichtig. Wir haben auch sonst ein umfassendes Schutzkonzept. Es ist sicher gestellt, dass wir unser Ausschaffungsrecht beibehalten können, dass die Zuwanderung weiterhin durch den Arbeitsmarkt gesteuert wird und dass niemand direkt in die Sozialhilfe einwandern kann.

Das sagen Sie nur, weil es dann einfacher ist, die Abstimmung zu gewinnen. Ich sage das, weil die Schweiz ein Rechtsstaat ist und wir nicht willkürlich von den Regeln abweichen sollten. Das Volk muss das letzte Wort haben – nur das Volk.



«Dann stehen wir noch schlechter da als die Briten: Tiana Moser, Ständerätin der Grünliberalen, warnt vor einem Alleingang in Europa.

ANNICK RAMB / NZZ

Das Paket umfasst viele sensible Themen: Rechtsübernahme, Lohnschutz, Zuwendung, Kohäsionsbeiträge, Stromtrasse und mehr. Weshalb sollte die Schweiz dazu ohne Not ja sagen?

Weil die Risiken ohne Bilaterale III viel grösser sind. Der Schweizer Sonderweg sichert unseren Wohlstand, der wesentlich auf dem Export basiert. Dass so viele erfolgreiche Unternehmen hier tätig sind, hat viel damit zu tun, dass wir über die Bilaterale in ausgewählten Bereichen in den EU-Binnenmarkt integriert sind. Rund die Hälfte unserer Exporte geht in die EU, nur 18 Prozent in die USA und 6 Prozent nach China. Wollen wir unseren Wohlstand halten, brauchen wir geregeltere, stabile Beziehungen zur EU.

Ist das Szenario, dass die EU unsere Hochschulen dauerhaft ausschliesst, nicht nur Panikmache? Es ist im ureigenen Interesse der EU, sie wieder einzubinden. Wir sollten nicht spekulieren, wie die EU reagiert, sondern uns fragen, was unsere Interessen sind. Wenn Trump in den USA macht, was er sagt, wird der Protektionismus massiv zunehmen. Die EU wird Gegenmaßnahmen ergreifen. Wir laufen Gefahr, dass wirchen zu werden.

Sie verschweigen, dass das Paket auch ein Preischild hat: Die Schweiz muss eine dynamische Rechtsübernahme akzeptieren und eine Streitentschlichtung, bei welcher der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein gewichtiges Wort mitredet.

Einen hohen Preis zahlen wir dann, wenn wir den bilateralen Weg verlassen. Die angebliche «Unterwerfung unter die EU» hat die SVP bei jeder europapolitischen Abstimmung der letzten Jahrzehnte heraufgeschworen. Ihre Warnungen vor Souveränitätsverlust sind seit je die gleichen. Die Bilaterale III sind die Fortsetzung unseres Sonderwegs, den die SVP schon lange bekämpft. Eine breite Allianz der Vernunft hat ihn stets getragen. Die

Ihr Vergleich hinkt: Die Briten haben den Austria beschlossen, wir haben immer noch die bestehenden bilateralen Verträge, wenn wir das Paket ablehnen. Es wäre ein Alleingang auf Raten. Ohne Einigung werden die bestehenden Verträge nicht mehr aufdatiert. Sie werden